

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Yvonne Feri
Etzel matt 12
5430 Wettingen
yvonne.feri@parl.ch

1.10.2016

Bericht aus der Session – Nummer 20 Rückblick auf die Herbstsession

Geschätzte Damen und Herren,
Liebe Kolleginnen und Kollegen

Die Herbstsession war für mich nicht nur geprägt von den nationalen Themen, sondern auch von meiner Kandidatur als Aargauer Regierungsrätin. Ich stecke mitten in der heissen Phase des Wahlkampfes und setze alles daran, dass der Kanton Aargau mit mir eine kompetente, erfahrene und kompromissbereite Frau im Regierungsgremium erhält. An dieser Stelle bedanke ich mich auch gleich bei all jenen, die mich unterstützt haben und unterstützen werden. Auf all diese Helferinnen und Helfer bin ich weiterhin angewiesen, gerade in diesen Tagen. Wenn auch Sie etwas für mich tun wollen, **dann lesen Sie bitte auch den letzten Abschnitt dieses Berichts.**

Eines der wichtigsten Geschäfte für mich war in dieser Session die Reform der Altersvorsorge 2020. Als Kommissionsmitglied war ich bei diesem Geschäft stark involviert und mir war es ein grosses Anliegen, diese Reform so auszugestalten, dass wir nicht zu viele Zugeständnisse machen müssen. Das vorliegende Resultat der Beratungen im Nationalrat ist nicht in meinem Sinne und entspricht auch nicht solidarischen und sozialdemokratischen Grundwerten. Mein Ziel, war die Stärkung der AHV, da der grösste Teil der Bevölkerung nach wie vor hauptsächlich davon lebt.

Hier die wichtigsten Entscheidungen des Nationalrates zur Reform der Altersvorsorge 2020:

- Die Mehrwertsteuer wird erhöht, unklar ist noch um welchen Betrag.
- Das Rentenalter wird mittelfristig auf 67 für Frauen und Männer erhöht.
- Das Referenzrentenalter von Frauen wird in einem ersten Schritt auf 65 Jahre erhöht.
- Pensionierungen sind zwischen 62 und 70 Jahren möglich, ebenso Teilrenten.
- Der Umwandlungssatz im obligatorischen Teil der zweiten Säule sinkt auf 6 Prozent.
- Eine Erhöhung der AHV-Rente ist nicht in Sicht.

Ich hoffe, der Ständerat wird in der Differenzbereinigung bis Dezember 2016 noch den einen oder anderen Entscheid zugunsten der AHV und den Personen mit tieferem Einkommen korrigieren.

Bei einem für mich wichtigen Anliegen habe ich in dieser Session eingelenkt und Kollegialität wahren lassen: 2015 habe ich ein Postulat eingereicht, dass geschlechtergerechte Wahllisten für Kantonsrats- und Nationalratswahlen gefordert hat. Der Bundesrat hat hier auf die Eigenverantwortung der Parteien hingewiesen. Ich habe diese Antwort akzeptiert und in dieser Session an die Parteien appelliert.

Weitere ausgewählte Geschäfte dieser Herbstsession waren:

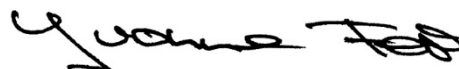
- **Gesundheitsberufe:** Der Bund soll mehr und besser qualifizierte medizinische Fachleute ausbilden. Dafür hat das Parlament über acht Millionen Franken für die nächsten vier Jahre gesprochen. Ziel ist es, die Effizienz in der medizinischen Grundversorgung zu fördern. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat dem Bundesbeschluss über die Finanzhilfen zugestimmt. Damit ist das Geschäft nun bereit für die Schlussabstimmung. Das Programm zur Förderung der Interprofessionalität soll ein konkreter Beitrag zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative sein. Der Bundesrat hatte diese Ergänzung des Gesundheitsberufegesetzes im Rahmen der Fachkräfteinitiative nachträglich eingebracht. Eine wichtige und richtige Entscheidung, welche den Fachkräftemangel in der Schweiz hoffentlich bekämpft.
- **Integration:** Neue Regeln sollen dazu beitragen, dass sich Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz integrieren. Der Nationalrat hat am Mittwoch das Ausländer- und Integrationsgesetz angenommen. Künftig erhält nur noch eine Niederlassungsbewilligung, wer gut integriert ist. Der Ausgang war ungewiss. Die vorberatende Kommission hatte die Vorlage abgelehnt, weil am Ende sowohl die Rechte als auch die Linke unzufrieden waren. Im Plenum resultierte nun ein deutliches Ja: Mit 113 Stimmen zu 65 Stimmen bei 5 Enthaltungen hiess der Rat die Vorlage gut. Dagegen stellte sich nur die SVP. SP und Grüne votierten dafür, weil der Nationalrat - anders als die Kommission - auf radikale Massnahmen beim Familiennachzug verzichtete. Die Vorlage geht nun zurück an den Ständerat. Integration ist wichtig – für uns Schweizer und Schweizerinnen, aber auch für all jene, die es werden wollen. Bemühen müssen sich dazu beide Seiten.
- **Sozialhilfe:** Wer aus Staaten ausserhalb der EU und der EFTA in die Schweiz einwandert, soll drei bis fünf Jahre lang keine Sozialhilfe beziehen dürfen. Das verlangt eine Motion der FDP-Fraktion, die der Nationalrat mit 125 zu 64 Stimmen unterstützt hat. Abhängigkeit von Sozialhilfe könne gemäss Ausländergesetz bereits zum Verlust der Aufenthaltsbewilligung führen, schrieb die FDP. Dennoch habe 2012 die Sozialhilfequote unter Bürgerinnen und Bürgern von Drittstaaten knapp 12 Prozent betragen, bei einem gesamtschweizerischen Durchschnitt von nur 3,1 Prozent. Der Bundesrat lehnt die Motion ab und verwies darauf, dass anerkannten Flüchtlingen die Sozialhilfe nicht verweigert werden dürfe. Nun entscheidet der Ständerat. Aus meiner Sicht ist diese Motion nicht nur aus ethischen Gründen unnötig, denn es gibt bereits bestehende Gesetze, die eingehalten werden müssen.
- **KESB:** Der Nationalrat will auf Bundesebene keine Bestimmungen schaffen, damit Gemeinden bei Massnahmen für den Kindes- und Erwachsenenschutz mitreden können. Er hat eine Motion der SVP-Fraktion abgelehnt. Justizministerin Simonetta Sommaruga äusserte Verständnis für das Anliegen, die Gemeinden einzubeziehen. Doch über die Mitsprache bei KESB-Entscheiden entschieden die Kantone, sagte sie. "Nicht jeder Kanton hat hier Probleme." Die Professionalisierung wiederum sei eine Errungenschaft des neuen

Kindes- und Erwachsenenschutzrechts. Aus meiner Sicht ist bei dem neuen Gesetz Geduld gefragt: Man muss ihm noch etwas Zeit geben, bevor Anpassungen vorgenommen werden.

- **Eritrea:** Der Nationalrat will den Bundesrat beauftragen, Verhandlungen mit Eritrea aufzunehmen, um allenfalls Entwicklungsprojekte in diesem Land aufzugleisen. Diese wären an ein Rückübernahmeabkommen gekoppelt. Der Rat hat eine Motion der FDP-Fraktion mit 123 zu 62 Stimmen bei 7 Enthaltungen angenommen. Ich glaube, dass dieses Ansinnen schwierig wird. Die Eritreaische Regierung wird kaum ein solches Abkommen unterzeichnen. Ich bin nach wie vor überzeugt, dass es in Eritrea eine Black-Box gibt. Wir wissen noch nicht, was sich dort alles abspielt und wie die Leute wirklich behandelt werden. Werden die Menschenrechte eingehalten? Warum gibt es keine Verfassung? Das Parlament ist «ausser Betrieb»? Was läuft wirklich im Militärdienst? Um nur einige Fragen zu dieser Black-Box in den Raum zu stellen.
- **Post:** Der Nationalrat will die Post verpflichten, Sendungen auch in kleinen Siedlungen zuzustellen. Darauf kann das Unternehmen verzichten, wenn eine Siedlung aus weniger als fünf Häusern auf einer Hektare besteht oder wenn der Weg zu einem Haus länger als zwei Minuten dauert. Stattdessen kann die Post die Sendungen beispielsweise in einem Postfach hinterlegen. Der Staat müsse für qualitativ hochwertige Leistungen im ganzen Land sorgen, sagte Raymond Clottu (SVP/NE), der das mit einer Motion rückgängig machen will. Inzwischen seien schon über 1000 Haushalte von der Zustellung abgeschnitten. Das Volumen der Poststellen sinke jedes Jahr, erwiderte Postministerin Doris Leuthard. Die Post müsse die Möglichkeit haben, darauf zu reagieren. Eine Möglichkeit sei, unverhältnismässig lange Wegzeiten zu vermeiden. Der Nationalrat nahm aber die Motion von Clottu und einen gleich lautenden Vorstoss von Jacques-André Maire (SP/NE) mit 120 zu 55 Stimmen bei 11 Enthaltungen an. Diese gehen nun an den Ständerat. Es ist sehr wichtig, dass die Dienstleistungen der Post für die gesamte Bevölkerung zu erhalten. Auch auf verschiedenen Podien, die ich in den letzten Wochen besucht habe, wurde dieses Bedürfnis immer wieder geäussert. Deshalb warte ich gespannt auf den Entscheid des Ständerates.

Nun wünsche ich Ihnen allen erholsame Herbstferien und freue mich auf Ihre Unterstützung bei den Regierungsratswahlen. Sie wissen es: Geld allein macht weder glücklich, noch zur Regierungsrätin. Aber ohne Geld ist es sehr viel schwieriger. Ich habe mir daher etwas ausgedacht: Sollten sie mich mit einer Spende von 250 Franken oder mehr unterstützen, dann **lade ich sie zu einem speziellen Dankes Anlass am Samstag, 12. November 2016, ab 15 Uhr an einem Ort mit Erinnerungen an meine Kindheit** ein. Spendenmöglichkeiten finden Sie unter www.yvonneferi.ch/de/unterstuetzung/unterstuetzen oder per Mail an mich: yvonne.feri@parl.ch. Ich würde mich freuen, Sie persönlich willkommen heissen zu dürfen! Wie die Überraschung im Detail aussehen wird, werden Sie rechtzeitig erfahren.

Beste Grüsse,



Yvonne Feri

Nationalrätin SP/AG
Gemeinderätin Wettingen, Ressort Soziales/Familie